



Civil Society for Social Inclusion of Unaccompanied Minors in Transition to Adulthood:
Learning Communities for Shaping Transition Interfaces • <http://cisotra.eu>

WP 2.3 Länderstudie: Gestaltung des Übergangs unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter in das Erwachsenensystem: Übergangswege und Kompetenzen gestalten und entwickeln

Zusammenfassung Deutschland V 2.0 10.05.2019 Entwurfs- und Diskussionsfassung – nicht zitieren

Alexander Krauß, Rebecca Weidenhiller, Institut für sozialwissenschaftliche Beratung Regensburg, krauss@isob-regensburg.net

Für den Text sind ausschliesslich die Autoren, auf Basis der gemeinsamen Forschung der Projektpartner verantwortlich. Er stellt keine Stellungnahme der Europäischen Kommission oder der assoziierten Partner des Projektes dar.

Projekt und Vorgehen

Das Europäische Forschungs- und Entwicklungsprojekt CiSoTRA (Civil Society for social inclusion of unaccompanied minors in transition to adulthood - learning communities for shaping transition interfaces – Zivilgesellschaft zur Förderung der sozialen Integration von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten an der Schwelle zum Erwachsenenalter – gemeinsames Lernen und Erfahrungsaustausch zur Gestaltung besserer Schnittstellen und Übergänge, Laufzeit 2018-2020) hat zum Ziel, Methoden und Strategien zum besseren Übergang unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter aus dem System der Jugendhilfe in das allgemeine Bildungs- und Beschäftigungssystem zu entwickeln. Das Projekt strebt insbesondere an, die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure in diesem Bereich zu verbessern und Empfehlungen für die Politik auf regionaler, nationaler und Europäischer Ebene zu erarbeiten sowie gute Praktiken international verfügbar zu machen.

Hierzu wird ausgesuchte gute Praxis aus den Partnerländern untersucht und transferfähig aufgearbeitet. Dabei gilt das besondere Interesse der notwendigen Entwicklung der Kompetenzen von hauptamtlichen Mitarbeitenden und Freiwilligen im Themengebiet, der Kompetenzentwicklung der Jugendlichen, der Koordinierung der Maßnahmen im Themenfeld sowie der Rolle der Zivilgesellschaft bei der Integration der jungen Geflüchteten.

Das Projekt wird ein „Modell gelungener sozialer Integration“ entwickeln. Dieses Modell soll Organisationen, die mit der Zielgruppe arbeiten, unterstützen, ihre Arbeit systematischer und effektiver zu gestalten, Überschneidungen in den Interventionen zu vermeiden und gleichzeitig eine effektive Unterstützung bis zum Alter von 25 Jahren zu gewährleisten. Hierzu haben die Partner aus Slowenien, Italien, Griechenland, der Türkei und Deutschland 2018 in kurzen Länderstudien den Stand der Transfersysteme in ihren Ländern aufgearbeitet und erste Politikempfehlungen entwickelt. Hieraus wurde ein Synthesebericht erarbeitet (in englischer Sprache), der auf der Homepage des Projektes zur Verfügung steht (cisotra.eu). Die vorliegende Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse dient der Diskussion mit den Stakeholdern im Themenfeld. Die Publikation der Projektergebnisse ist für 2020 vorgesehen.

Ergebnisse und Rahmenmodell des Übergangs

Europa ist derzeit mit einem Anstieg der Migration aus Drittländern konfrontiert, der bisweilen als “Krise” empfunden wird. Dieses Phänomen hat Europaweit politische Gegensätze und Unterschiede in generellen Haltungen sichtbar werden lassen, die schwer zu versöhnen sind. Auch wenn offensichtlich ist, dass die Gesamtsituation in Ursprungsländern wie Afghanistan, Irak, Syrien, Eritrea und anderen verzeifelt ist, sehen die Rechtssysteme der meisten europäischen Länder einen Asyl- oder Flüchtlingsstatus nur im Falle individueller oder kollektiver politischer Verfolgung vor. Alle Geflüchteten, mit Ausnahme derjenigen, denen ein Schutzstatus zugebilligt wird, befinden sich in einer prekären Situation, die durch Unsicherheit

hinsichtlich des Aufenthaltsstaus, und des Zugangs zu Ausbildung, Arbeitsmarkt und Gesellschaft gekennzeichnet ist.

Innerhalb dieser Gruppe sind junge Geflüchtete, in der überwiegenden Mehrzahl junge Männer, diejenigen mit der höchsten Chance Europa auf den gefährlichen Fluchtwegen zu erreichen.

Diese Jugendlichen tragen oft die Hoffnungen und Erwartungen ihrer Familien mit sich einerseits individuell Gefahr, Armut und den unmittelbaren Kriegswirkungen, wie Zwangsrekrutierung im Militär und Milizen, zu entgehen. Sie tragen aber auch die Hoffnung der Familien mit sich, aus Europa heraus die in der Heimat verbleibenden Familien unterstützen zu können. Unbegleitete Minderjährige sind eine bedeutende Gruppe unter diesen jungen Geflüchteten. Auch wenn die meisten von ihnen dem Erwachsenenalter nahe sind, fallen sie unter die besonderen Jugendfürsorgebestimmungen, die in allen Ländern Europas existieren.

Die Partnerländer des Projektes sind mit jeweils eigenen Herausforderungen konfrontiert, die zu einer je eigenen Perspektive auf das Thema führen.

Griechenland Italien und Slowenien werden von den meisten jungen Geflüchteten als Transitländer betrachtet, was zu einer für Jugendliche wie Betreuer schwierigen Situation der Vorläufigkeit führt und eine vertiefte Integration behindert. In der Türkei bilden die mehr als zwei Millionen syrischen Geflüchteten eine eigene soziale Gruppe, die sich nur langsam und verzögert in die Gesellschaft integriert. In Italien wie auch der Türkei sind illegale Beschäftigung wie auch die Sicherung der Rechte der Geflüchteten ein beherrschendes Thema. Die Zahl der jungen Geflüchteten in Slowenien ist bisher gering, weshalb hier die Politik unter Berücksichtigung internationaler guter Praxis in einem überschaubaren und flexiblen Rahmen gestaltet werden kann. Einzelheiten zu der Lage in den Partnerländern werden im Hauptbericht ausführlich dokumentiert.

Situation in Deutschland

Deutschland ist das Ziel starker Migration innerhalb der EU und einen starkes Anstiegs Geflüchteter, insbesondere in den Jahren 2015 und 2016. 30% der Geflüchteten war zum Zeitpunkt der Ankunft unter 30 Jahren und weitere 25% unter 25 Jahren alt. 2017 zählte man in Deutschland 47990 unbegleitete Minderjährige und weitere 15.000 junge Erwachsene unter der Obhut der Jugendämter. Die Jugendämter, gesetzlich zuständig für gefährdete Jugendliche und Jugendliche mit Entwicklungsdefiziten, haben eine Reihe von quantitative und qualitative hochwertigen ad hoc Maßnahmen für junge Geflüchtete entwickelt, die jedoch noch nicht zu einem spezifischen Übergangssystem für die Gruppe der Jugendlichen mit ihrer äußerst heterogenen Entwicklung weiterentwickelt wurden. Hohe Selbständigkeit in einigen Bereichen steht Entwicklungsdefiziten in formaler Bildung, Inkulturation und häufig Gewalterfahrungen und anderen Traumatisierungen gegenüber. Die Entwicklung eines konsistenten Systems wird von der (vermeintlichen) zeitlichen Begrenztheit des Phänomens (die Jugendlichen entwachsen der Minderjährigkeit) behindert. Eine der Schlüsselherausforderungen für die Jugendlichen selbst ist die steigende Unsicherheit durch verstärkte Bemühungen nicht schutzberechtigte Jugendliche abzuschieben. Dies betrifft besonders junge Afghanen, deren "Heimatland" die Mehrheit der Zivilgesellschaft für unsicher hält.

Der Synthesebericht betont die Rolle der Organisationen des Dritten Sektors, die von den großen Kirchen sowie säkularen Organisationen und freien Trägern betrieben werden. Diese Organisationen bieten meist ein umfassendes Portfolio von Dienstleistungen, die es erlauben aus unterschiedlichen Quellen individuell angepasste Integrationswege trotz zersplitterter institutioneller Zuständigkeiten zu gestalten. Eine Reihe kleinerer Organisationen ergänzt diese Angebote. Auf der Ebene professionellen Austauschs ist der von zahlreichen oben genannten Organisationen getragene Bundesverband unbegleitete minderjährige Geflüchteter zu nennen, der als Clearing und Informationsstelle fungiert, aber auch Politikempfehlungen erarbeitet. Die erwähnte Unsicherheit des Aufenthalts mindert die im dualen Ausbildungssystem an sich guten Chancen auf berufliche Ausbildung und Integration. Jugendliche ohne Bleibeperspektive sind von



vielen Maßnahmen der Ausbildung ausgeschlossen und müssen häufig in prekäre und illegale Situationen abtauchen.

Auch in Deutschland sind hinsichtlich der Fortbildung der Akteure multi-disziplinäre Kompetenzen zu stärken, um ein gutes Übergangsmanagement zu stützen. Während das jeweilige Spezialwissen meist exzellent ist, ist eine starke wechselseitige Abgrenzung der Fachcommunities festzustellen.

Die Jugendlichen können von einer Stärkung ihrer persönlichen Lebenskompetenzen profitieren. Insbesondere die Stärkung der Orientierungsfähigkeit in der hochentwickelten Industrie- und Arbeitsgesellschaft erfordert intensive Beratung und geeignete Formate der Persönlichkeitsbildung, die die fachliche Schul- und Berufsbildung ergänzen müssen. Um für unterschiedliche Lebenswege gerüstet zu sein, müssen die Jugendlichen ggf. Kompetenzen in der Ursprungssprache erhalten sowie universell, d.h. in allen möglichen Migrationssystemen verwendbare, Kompetenzen entwickeln. Solche transnationalen Kompetenzen müssen mit einer Orientierung an den Erfolgsbedingungen in der Gastkultur und der Einsicht, dass fortlaufendes Lernen und die Annahme von Beratung erforderlich sind, einhergehen.

Schulen, insbesondere Berufsschulen, müssen zum fokalen Raum für Übergangsprozesse ausgebaut werden. Schulen sind aufgrund der allgemeinen Schulpflicht ein universeller Kontaktpunkt zu Institutionen der Gastgesellschaft, verfügen über Infrastruktur und spezialisiertes Personal und können um eine stärkere Einbindung verschiedener gesellschaftlicher Organisationen, einschließlich von Migranten selbst getragener Organisationen, ergänzt werden.

Um eine solche Rolle annehmen zu können, müssen Schulen diese neue Aufgabenbeschreibung aktiv annehmen, ein entsprechendes Profil, einschliesslich neuer multidisziplinärer Kompetenzen und einer hohen Fähigkeit zur Kooperation von Lern- und Integrationsakteuren entwickeln.

Schulen sind traditionell nur für Lerner im verpflichtenden Schulalter verantwortlich, während viele Geflüchtete diesem Alter sehr schnell entwachsen, ohne das übliche und notwendige Bildungsniveau erreicht zu haben. Schulische Allgemein-, berufliche Erstausbildung und Erwachsenenbildung sowie berufliche Weiterbildung werden daher immer stärker verschmelzen. Traditionelle Berufsschulen können ein guter Ausgangspunkt für die Entwicklung umfassender Ausbildungs- und Lernzentren werden.

Bildung, soziale Arbeit, Beratung für Übergangsprozesse und zivilgesellschaftliche Jugendarbeit werden stärker integriert. Dennoch ist die institutionelle Trennung noch vorherrschend und auch Ausbildung und professionelle Communities sind weitgehend getrennt.

In allen diesen Communities ist die ist eine breite Diskussion über grundlegende Konzepte von Diversität, Interkulturalität in Inklusion als Basis ihrer gemeinsamen Tätigkeit erforderlich. Eine spezifische Migrationspädagogik (wie z.B. von Paul Mecheril¹ vertreten) kann hier Anregungen geben.

Gemeinsames Rahmenkonzept

Trotz der sehr unterschiedlichen Situation haben die Projektpartner ein erstaunliches Maß an Gemeinsamkeiten hinsichtlich notwendiger politischer Gestaltung und notwendiger Kompetenzentwicklung identifiziert. Eine solche Gemeinsamkeit ist die Bedeutung der Zivilgesellschaft in diesem Bereich.

¹ Mecheril, P.: Migrationspädagogik, 2010

Während die jeweilige Professionalität in Feldern wie sozialer Arbeit, Ausbildung, Schulen, Sicherheit, Verwaltung meist hervorragend ist, stellen die Partner in allen Ländern Defizite in der Koordination der Aktivitäten, aber auch im wechselseitigen professionellen Austausch der Spezialist*innen fest. Sie empfehlen sich stärker auszutauschen, um multiprofessionell an einer übergreifenden Übergangsstrategie für Jugendliche zu arbeiten.

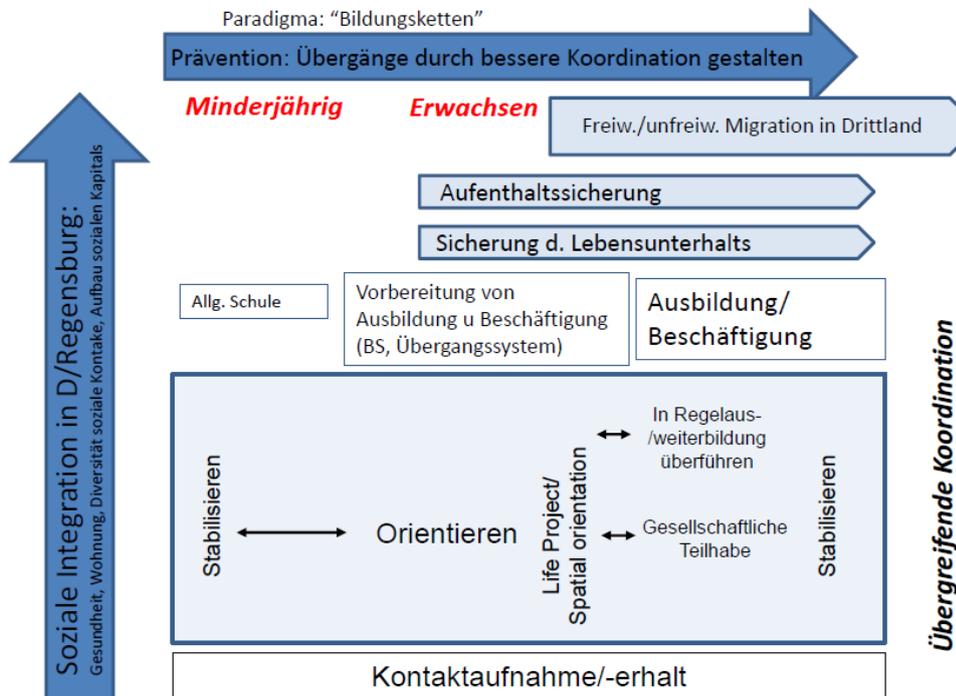
Einige gemeinsame Felder der Kompetenzentwicklung sind:

- Psycho-soziale Unterstützung geben können, praktischer Umgang mit Traumatisierung, Orientierung geben, stabilisieren und unterstützen
- Gegenseitiges Lernen von Spezialisten aus sozialer Arbeit, Bildung, Beschäftigungsförderung, Sicherheit und Zivilgesellschaft
- Selbstsorge von Haupt- und Ehrenamtlichen zur Verhinderung von physischer und psychischer Überlastung, Aufrechterhaltung professioneller Distanz trotz eigenen humanen Engagements
- Austausch internationaler guter Praxis
- Entwicklung der Fähigkeit zu konstruktiver Zusammenarbeit mit Akteuren mit unterschiedlicher professioneller Handlungslogik und ggf. Haltung, um in einem wirksamen Übergangssystem zusammenwirken zu können

Kompetenzentwicklung für Haupt- wie Nebenamtliche muss auf einem guten Systemverständnis aufbauen. Schon vorhandene System- und Koordinierungselemente müssen wahrgenommen und ggf. ausgebaut werden. Wissen, Fähigkeiten und Haltung der Akteure müssen sich an vereinbarten übergreifenden Zielen, z.B. der vollen Bildungs-, beruflichen und sozialen Integration und/oder dem Aufbau für eine Weitemigration nützlicher Fähigkeiten orientieren. Dimensionen der Gesamtlösung von Übergangswegen sind die Klärung bzw. Sicherung des Aufenthaltsstatus, Integration in das Bildungs- Ausbildungs- und Beschäftigungssystem und die soziale Inklusion. Insbesondere die Dynamik der Interaktion zwischen diesen Dimensionen, z.B. die negative Rückwirkung eines unsicheren Aufenthaltsstatus auf die Wirksamkeit von Bildung oder die notwendige Berufsorientierung der Stabilisierungs- und Orientierungsmaßnahmen müssen von allen Akteuren berücksichtigt werden, um in ihrem Teilgebiet voll wirksam arbeiten zu können.

Das im Projekt verwendete Rahmenkonzept basiert auf der Einsicht, dass sich die Jugendlichen entlang einer "Bildungskette" bewegen, deren Endziel die nachhaltige Integration in existenzsichernde Erwerbsarbeit ist. Die Wirksamkeit dieser Kette basiert darauf, dass an jedem Teilschritt dafür Sorge getragen wird, dass ein Übergang zum nächsten Schritt gesichert ist, also z.B. kein Jugendlicher die Schule ohne einen gesicherten Anschluss in einer Maßnahme, Beschäftigung oder Ausbildung verlässt. Häufig ist hierzu institutionenübergreifende Unterstützung oder die Gesamtlösung spezifischer Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen erforderlich. Während diese Prinzipien in Deutschland in der Bildungsdiskussion der vergangenen Jahre zentral waren (z.B. Bundesprogramm „Jugend stärken“), hat das Prinzip der Bildungsketten für geflüchtete Jugendliche einige Besonderheiten, darunter deren unsicheren Aufenthaltsstatus und den oft sehr späten Beginn der Bildungskarriere, kurz vor Erreichen des Erwachsenenalters. Vorbereitung von ggf. weiterer Migration und die Vorbereitung einer im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung längeren Bildungskarriere im Erwachsenenalter sind zwei der Entwicklungsbereiche im Ausbau des Systems.

Die Dimension der sozialen Integration ist abhängig von der Annahme, dass die Aufnahmegesellschaft in ihrer Mehrheit für Migration offen ist und eine wechselseitig konstruktive Haltung bei Gesellschaft und Migranten vorhanden ist. Da dies einerseits eine politisch umstrittene Frage ist und unterschiedliche Erwägungen unterschiedlicher Politikfelder (Sicherheit, Fachkräftesicherung, Sozialpolitik etc.) zu unterschiedlichen und zum Teil widersprüchlichen Signalen an Migrierte und Gesellschaft führen, ist auf beiden Seiten eine erhebliche Herausforderung. Sie erfordert eine hohe Orientierungs- und Selbstentwicklungsfähigkeit, die eine hohe qualitative und quantitative Anforderung an Beratung und Begleitung stellt.



III: Rahmenmodell des Übergangs junger Geflüchteter

Wir unterscheiden drei Dimensionen der Intervention: Sicherung der Rechte der jungen Migrant*innen, insbesondere ein faires legales Verfahren der Bestimmung des Schutzstatus, die Dimension der Sicherung von **Bildung** und **Ausbildung** sowie Integration in **Arbeit**, sowie die Dimension der **sozialen Inklusion**. Die drei Dimensionen sind abhängig voneinander, da z.B. der gegenseitige Wille zu einem gegenseitiger Integration förderlichen Verhalten und der Gestaltung inklusionsfreundlicher Rahmenbedingungen die Voraussetzung erfolgreicher Bildungsprozesse ist. Umgekehrt wird Integration und Inklusion gerade durch Bildung, Training und Arbeit im Team gelebt.

Die **Sicherung eines verlässlichen Aufenthaltsstatus** ist die rechtliche, aber auch emotionale Voraussetzung für alle anderen Interventionen. Daher fokussieren viele Gruppen der Zivilgesellschaft ihre Bemühungen auf die Sicherung der Rechte der Geflüchteten. Diese Dimension muss mitbedacht werden, liegt jedoch ausserhalb des Handlungsfeldes dieses Projektes. Relevant wird die Dimension insofern, dass der Fall eines verweigerten dauerhaften Aufenthalts in allen Interventionen mitbedacht werden muss und alle Akteure in der Verantwortung stehen auch für diesen Fall verantwortbare Vorkehrungen zu treffen, z.B. durch Beratung, Begleitung und Qualifizierung.

Soziale Integration/Inklusion im Sinne einer wechselseitigen Aushandlung und Akzeptanz von Regeln gesellschaftlichen Zusammenlebens ist eine Voraussetzung und Folge erfolgreicher Bildung und Ausbildung. Ein breites Spektrum an formellen und informellen Maßnahmen, oft getragen von Organisationen der Zivilgesellschaft auf diesem Feld, können Anregungen für standardisiertere Verfahren geben.

Auf dem Feld von **Bildung und Ausbildung** sind zwei Stränge von Reformbemühungen in allen Partnerländern erkennbar: erstens die zentrale und zu stärkende Rolle beruflichen Lernens und Lernens in Arbeitssituationen (im Gegensatz zu rein schulisch/akademischer Bildung). Insbesondere gilt es die enge Bindung zwischen den Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen, der Zivilgesellschaft und den Betrieben zu

stärken. Insbesondere in den Zielländern von Migration als Arbeitsgesellschaften ist die soziale Integration in hohem Maße von der gelungenen beruflichen Integration abhängig. Hier besteht grundlegender Reformbedarf, da die Bildungs- und Ausbildungssysteme an die notwendigerweise schwächeren bildungssprachlichen Kompetenzen der Migranten und ihr höheres Alter angepasst werden müssen.

Der zweite Hauptstrang der Reform auf diesem Feld ist die **Individualisierung der Bildungswege**. Aufgrund der Diversität der Bildungsvoraussetzungen besteht ein hoher Bedarf an Modularisierung, Beratung und Unterstützung um Bildungs- und Ausbildungsabbrüche zu verhindern und eine langfristig tragfähige Qualifikationsstufe erreichbar zu machen.

Geflüchtete sind meist nicht ausreichend informiert über die, auch für Einheimische oft schwer zu durchschaubaren Anforderungen und Möglichkeiten des Bildungs- und Ausbildungssystems. Sie kommen meist aus Ländern ohne eine vergleichbare entwickelte Industriegesellschaft und haben daher auch zu wenige Rollenvorbilder und/oder unterliegen Fehlinformationen und kontraproduktiven Erwartungen ihrer Familien im Herkunftsland. Es besteht daher erheblicher und relative langfristiger Informations- Beratungs- und Orientierungsbedarf, der in einer periodischen (Re-)Formulierung von **„Lebensprojekten“** münden sollte, die die Lebensplanung des geflüchteten Jugendlichen zusammenfassen. Sie sollten in Zusammenarbeit mit ausgebildeten Beratungspersonen in enger Abstimmung mit unterstützenden Organisationen und (potenziellen) Arbeitgebern entwickelt werden.

Hinsichtlich der Dimension der **sozialen Inklusion** besteht ein weiter Konsens unter den CiSoTRA Partnern, dass erhebliche Risiken bestehen. Jugendliche laufen Gefahr aus Frustration, dem Gefühl verweigerter Chancen heraus, dem Mangel sozialer Beziehungen zur Gastgesellschaft und psychischen Belastungen heraus permanent aus der Gesellschaft herauszufallen.

Viele Akteure sehen die Gefahr, dass eine entfremdete Parallelgesellschaft von Jugendlichen entsteht, die zwar nicht abgeschoben werden können (was ebenfalls mit oft unakzeptablen humanen Kosten erbuyden wäre) aber auch nicht wirklich Zugang zur Gesamtgesellschaft haben. Es besteht die Gefahr, dass diese jungen Geflüchteten bald zu der wachsenden Gruppe anderer am Rande der Gesellschaft lebender Jugendlicher gehören.

Wie auch bei letzterer Gruppe in Hinsicht auf Bildung, Ausbildung und Arbeit inaktiver Jugendlicher, ist die ausgegrenzte Lebenssituation häufig eine Folge ohne Anschluß abgebrochener oder abgeschlossener Maßnahmen und einer Verweigerung des Kontakts zu Beratung und Unterstützung. Aktive Kontaktaufnahme und offene aufsuchende Jugendarbeit muss hier die Rückkehr in das System anbahnen (Dimension Kontaktaufnahme/-erhalt).

Integration und Inklusion: Vervielfältigung sozialer Kontakte

Die Bemühungen Zugänge zu Bildung und Ausbildung zu schaffen und die Systeme entsprechend anzupassen zeigen in allen Partnerländern erste Erfolge, besonders dort, wo eine intensive Nachfrage nach Auszubildenden und Arbeitskräften besteht. Weiterhin hohe Abbrecherquoten und schwierige Zugänge eines Teils der Zielgruppen verweisen jedoch darauf, dass seine umfassende Inklusion noch nicht gelingt.

Die guten Praktiken in den Partnerländern im Bereich Integration von heterogenen, von Ausgrenzung bedrohten Jugendlichen insgesamt, zeigen, dass die Verbesserung und Erweiterung des „sozialen Kapitals“ der Jugendlichen ein wesentlicher Integrationsfaktor ist. Integration in die Gesellschaft kann an der Zahl der Kontakte der Jugendlichen außerhalb ihrer „peer group“ und außerhalb von Betreuungsverhältnissen gemessen werden. Es muss daher alles getan werden um einerseits das Bewusstsein für Chancen zu stärken, etwa durch die Präsentation von Rollenvorbildern wie erfolgreichen Migrant*innen, Kontakten zu Arbeitgebern und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Integration ist dann erfolgreich, wenn Geflüchtete in ebenso hohem Maße in Beschäftigung und nicht zu ihrer Betreuung bestehender Initiativen, Organisationen und Vereinen engagiert sind, wie ihre schon länger in Deutschland lebenden Altersgenoss*innen und sie ihre Aus- und Weiterbildung in den „Regel“klassen und Institutionen fortsetzen und dort vergleichbar erfolgreich sind.



Im für das Projekt gewählten Referenzrahmen ist diese Dimension als “Regelausbildung” und “gesellschaftliche Teilhabe” repräsentiert.

Insgesamt bilden die genannten Dimensionen ein “Übergangssystem” in das “Regelsystem”.

Es besteht ein weiter Konsens in der im Hauptbericht zitierten Literatur und bei den Akteuren, dass zwar eine konsistente, übergreifende Migrationspolitik auf Europäischer Ebene erforderlich ist um Berechenbarkeit und die Durchsetzung individueller Rechte zu gewährleisten. Bis dies erreicht ist und ebenso zur operationellen Umsetzung ist jedoch die regionale Ebene die passende Ebene zur Gestaltung und Koordination eines guten Übergangs geflüchteter Jugendlicher in die Gesamtgesellschaft.² Nur auf dieser Ebene ist es möglich die relevanten stakeholder auch persönlich zu mobilisieren, die “Anonymität der großen Zahlen” zu überwinden und der vorgeblichen “Krise” ein persönliches und menschliches Gesicht zu geben, z.B. indem Handwerker auf der Suche nach Nachwuchs mit erfolgshungrigen und lernwilligen jungen Geflüchteten zusammengebracht und beide durch ein leistungsfähiges regionales Unterstützungsnetzwerk getragen werden.

Politikempfehlungen

Auf der Basis der im Hauptbericht dokumentierten Belege und der Analyse der von den Partnern ausgewählten Fälle guter Praxis haben sich die CiSoTRA Partner auf die folgenden Empfehlungen geeinigt.

Eine klare Migrationspolitik muss, unter Wahrung individueller Rechte Schutzsuchender, einen klaren, transparenten und berechenbaren Rahmen für Migration setzen.

Erläuterung: Die gegenwärtige Intransparenz und Wechselhaftigkeit des regulatorischen Rahmens (Gesetze, Verordnungen, Gerichtsentscheidungen, Verwaltungspraxis) bedeutet eine erhebliche Verunsicherung für alle Akteure: die Perspektiven der Jugendlichen sind unklar, die politischen Ziele in unterschiedlichen Politikfeldern zum Teil widersprüchlich. Klare Bildungs- und Qualifizierungswege können nicht auf der Basis unklarer Bleiberperspektiven gestaltet werden. Dies führt häufig zu Verunsicherung und Entmutigung, in vielen Fällen auch zu Ausgrenzungsgefühlen, Angst und Aggression oder Depression.

Übergangsstrategien müssen unterschiedliche mögliche Wege berücksichtigen und die zuständigen Institutionen müssen für alle dieser Wege Verantwortung übernehmen: Verbleib im Gastland, für begrenzte Zeit, dauerhafte Immigration, Weitemigration, Ansiedlung von Jugendlichen ohne klar definierte „Heimat“, Rückkehr in das Herkunftsland.

Erläuterung: Gegenwärtige “Integationsstrategien” sind zu zweidimensional. Es wurde entweder mit der Erteilung eines Schutzstatus und einer raschen und vollen Integration in das Gastland gerechnet, oder mit der Ablehnung eines Schutzstatus und einer raschen Rückkehr in das Herkunftsland. Dieses Szenario stellt sich immer mehr als unrealistisch heraus. Auch wenn viele junge Geflüchtete generell eine Zukunft in Nordeuropa sehen, wollen doch auch viele zu ihren Familien zurückkehren oder mit Verwandten in anderen Teilen Europas leben. Eine Gruppe für die besondere Sorge zu tragen ist, sind „entwurzelte“ Jugendliche, deren ganze Biographie von Flucht geprägt ist und für die es keine „Heimat“ gibt in die zurückzukehren wäre. Sie bilden eine „transnationale“ Gruppe, die eine Heimat erst finden muss.

Politik für Jugendliche, die eine Rückkehr in das Ursprungsland anstreben:

² Bendel, P., Schammann, H., Heimann, C., Stürner, J.: Der Weg über die Kommunen, Heinrich Böll Stiftung Policy Paper 2/2019; Bogumil, J. u.a. Stiftung Mercator: Bessere Verwaltung in der Migrations- und Integrationspolitik – eine Aufgabe für Bund, Länder und Kommunen. Stiftung-mercator.de 2018

Schutzsuchende Jugendliche müssen in einer Weise ausgebildet werden, die kein Hindernis für die Rückkehr ins Heimatland darstellt. Die Ursprungssprache muss auf hohem Niveau gepflegt und weiterentwickelt werden und Unterricht in allgemeinen Fächern sollte auch in der Ursprungssprache erteilt werden, wo möglich (z.B. mit digitalen Lernmedien). Bildungs- und Ausbildungsinhalte von denen erwartet werden kann, dass sie auch im Ursprungsland nützlich sein können, sollten für die Bildung und Ausbildung zentral sein, wie z.B. Handwerke und unternehmerische Bildung.

Politik für Jugendliche, die einen zeitlich begrenzten Aufenthalt anstreben (z.B. Arbeitsmigration):

Viele Jugendliche hoffen durch einen zeitlich begrenzten Aufenthalt in Europa zum Unterhalt ihrer Familien beitragen zu können. Sie müssen die Gelegenheit zu legaler Arbeit erhalten, soll nicht ein Ausstieg in Illegalität und Ausbeutung provoziert werden. Die entschlossene Bekämpfung illegaler Beschäftigung und Ausbeutung in den Partnerländern muss um Gelegenheiten ergänzt werden auch während Bildung und Ausbildung ein gewisses Maß transferierbaren Geldes legal zu verdienen. Hier können Modelle zeitlich gestreckter Ausbildung, modularer Ausbildung neben der Erwerbstätigkeit breiter genutzt und weiter entwickelt werden. Arbeitsgelegenheiten auf dem freien Markt müssen ggf. durch öffentlich organisierte Arbeitsgelegenheiten ergänzt werden.

Politik für Jugendliche die dauerhafte Immigration anstreben:

Für Jugendliche, die eine dauerhafte Immigration anstreben, sei es weil die Situation im Ursprungsland dauerhaft hoffnungslos erscheint, oder weil die Jugendlichen gänzlich entwurzelt sind, müssen im Gastland koordinierte, konzentrierte und nachhaltige Maßnahmen der Stabilisierung, Orientierung, Bildung und Ausbildung organisiert werden. Basierend auf einer gründlichen Reflexion der Ziele und Ressourcen des Individuums müssen Vereinbarungen getroffen werden, die einerseits die Erwartungen an den Jugendlichen und Verpflichtungen definieren, andererseits aber vollen Zugang zu der Situation angemessenen Bildungs- und Qualifizierungsangeboten gewährleisten. Gesicherter Aufenthalt und Lebensunterhalt sowie Zugang zu hochwertiger, für die Zielgruppe geeigneten Qualifizierungsmaßnahmen muss einer intensiver Anstrengung des Jugendlichen entsprechen, solche Angebote mit voller Energie und Konzentration wahrzunehmen.

Maßnahmen für unbegleitete Jugendliche müssen alle diese Transferwege offen halten und sicherstellen, dass alle Optionen bedacht werden.

Erläuterung: Auf der Ebene des Individuums, insbesondere von minderjährigen Jugendlichen, die ihre Persönlichkeitsbildung noch nicht abgeschlossen haben, erfordert die Reflexion dieser möglichen Lebenswege einen organisierten und informiert begleitende Prozess der Orientierung. Das Übergangssystem muss sicherstellen, dass "Lebensprojekte" entworfen, gezielt verfolgt und ggf. begründet revidiert werden. Die Unterstützungssysteme müssen sicherstellen, dass die Jugendlichen ihre Entscheidungen informiert, begründet und ohne den Druck von Familie und Peergruppen treffen können. Solche Einflüsse müssen transparent gemacht und mit den Erwartungen und Erfolgsbedingungen in der Aufnahmegesellschaft abgeglichen werden.

Dem Phänomen der Arbeitsmigration von Jugendlichen aus Drittstaaten muss konstruktiv begegnet werden. Hier sind Wege in sichere und legale Arbeit die Priorität.

Erläuterung: Die Motivation für Migration ist komplex. Während die meisten Jugendlichen ihre Heimat tatsächlich aufgrund unerträglicher Zustände von Gewalt und Armut verlassen und dabei häufig ihr Leben riskieren, ist ihre Entscheidung zur Flucht doch selten eine rein individuelle. Die Jugendlichen befinden sich in Familienbeziehungen und es wird von ihnen erwartet zum Familieneinkommen beizutragen. In Ländern wie der Türkei und Italien provoziert das illegal und Kinderarbeit, in Ländern wie Deutschland steht die Erwartung an die Jugendlichen sich langen Ausbildungswegen zu stellen in Widerspruch zur Erwartung schnell Geld zu verdienen. Gesamtaufgabe der Politik ist es hier sichere und legale Arbeit zu sichern, dabei jedoch darauf zu achten, dass zugleich Bildung und langfristig tragfähige Ausbildung stattfindet.

Unbegleitete Jugendliche sollten daher auf eine frühe Integration in Arbeit und Ausbildung hin orientiert werden, die Verdienstmöglichkeiten einschliessen.

Erläuterung: Da Abschiebungen trotz der öffentlichen Aufmerksamkeit insgesamt eher selten sind, birgt der Übergang Erwachsenenstatus ohne einen Schutzstatus mit Arbeits- und Ausbildungserlaubnis erlangt zu haben das Risiko des Verlustes einer lernfreundlichen Lebensumgebung. Der möglichst frühzeitige Übergang in Ausbildung und Arbeit ist ein wesentliches Mittel solche Lücken an der Schwelle zum Erwachsenenalter zu überbrücken. Abhängig vom Arbeits- und Ausbildungssystem in den Partnerländern kann dies die Vermittlung am allgemeinen Arbeitsmarkt oder in den Ausbildungsmarkt sein. Der hohe Bedarf an Nachwuchskräften in vielen Handwerken öffnet hier Chancen, die die Politik ermöglichen muss. Arbeit und Ausbildung von Jugendlichen mit einer kurzen Bildungs- und Interkulturationszeit erfordert jedoch in der Regel Assistenz für Jugendliche und Betriebe.

Berufsschulen müssen zu Zentren des Übergangs minderjähriger Geflüchteter in das Erwachsenensystem ausgebaut werden

Erläuterung: Wie oben erläutert, ist eine starke Arbeitsmarktorientierung aller Interventionen für unbegleitete Minderjährige und junge Erwachsene, der Schlüssel dazu Ausgrenzung und Hoffnungslosigkeit zu verhindern. Abhängig vom jeweiligen nationalen Ausbildungssystem steht die Berufsbildung hier im Mittelpunkt. Um sie können begleitende Beratungs- und Unterstützungsangebote bereitgestellt werden. Berufsschulen müssen zum umfassenden Beratungs- und Ausbildungszentrum für die Jugendlichen ausgebaut werden, wo alle notwendigen Zugänge und Unterstützungen an einem Ort leicht zugänglich bereitgestellt werden. Die Schulen müssen den engen Kontakt zur betrieblichen Ausbildung und Arbeitgebern weiter ausbauen und je nach Bedarf realistische Wege in legale Arbeit, Ausbildung oder weiter qualifizierende Bildungsgänge weisen. Die Nützlichkeit der Ausbildungsinhalte für die eventuelle Rückkehr ins Ursprungsland muss stärker beachtet werden. Digitale Medien müssen weiter entwickelt und breiter genutzt werden, um eine differenziertere Unterstützung zu gewährleisten (z.B. durch bilinguale aufgearbeitete Inhalte, Lehre allgemeiner Inhalte in verschiedenen Sprachen etc.). Dies erfordert weitere Forschungs- und Entwicklungsarbeit.

Transfer guter Praxis**Beispiele guter Praxis müssen schneller ausgetauscht und in Standardangebote überführt werden, unterstützt durch ausreichende Finanzierung, Weiterbildung und (internationalen) Austausch von Personal.**

Erläuterung: Auf der Arbeitsebene sind in allen Partnerländern wirksame Interventionen erarbeitet worden. Vielfach gehen finanzielle und menschliche Investitionen in Bildung und Integration verloren, wenn kein Aufenthaltstitel erteilt wird. Dennoch kann insgesamt ein recht konsistentes System von „Bildungsketten“ dargestellt werden. Dieses System kann durch die Beschreibung von Standardpraktiken der sozialen Integration und spezifische Maßnahmen für junge Geflüchtete ergänzt werden. Der internationale Transfer solcher Konzepte erfordert mehr Investitionen in eine englischsprachige, international verständliche Darstellung des Systems, sowie die Unterstützung durch internationalen Austausch von Fachkräften, z.B. in Hospitationen und internationalen Expertenworkshops.

Es ist eine qualitativ hochwertige Dokumentation und Auswertung guter Praxis in Europa zu empfehlen, Projektergebnisse und entwickelte Werkzeuge sind verpflichtend auch in Englisch darzustellen.

Koordination auf kommunaler Ebene

In mehreren Partnerländern haben sich die Kommunen als die wirksamsten Akteure der Koordination widerstrebender Politikansätze und der Lösung praktischer Probleme erwiesen. Der Übergang junger Geflüchteter muss auf kommunaler Ebene gemangelt werden. Dabei müssen Ressourcen der Landes- Bundes- und Europäischen Ebene genutzt und wo erforderlich durch kommunale Eigenmittel ergänzt werden.

Erläuterung: Kommunen sollten eine entschlossene Anstrengung zur Koordination der unterschiedlichen Akteure machen. Idealerweise sollte eine übergreifende kommunale Integrationsstrategie formuliert werden (wie im Falle des strategischen Partners Landeshauptstadt München), in die Integration unbegleiteter Jugendlicher eingebettet wird. Die Akteure aus unterschiedlichen Feldern sollten sich regelmäßig konsultieren, wobei gegenseitige Information das Minimum, ein gemeinsam getragenes Fallmanagement und gemeinsam getragene Politikziele das Maximum der Kooperation darstellen. Die Nutzung externer Ressourcen und die abgestimmte Nutzung von Spielräumen in der Interpretation und Umsetzung übergreifender Regularien sollte in einer abgestimmten Strategie erfolgen. Der in vielen Branchen herrschende Fachkräftemangel sollte ein zusätzlicher Motivator eines entschiedenen und abgestimmten, arbeitsmarktorientierten Vorgehens sein.

NGO unterstützen und professionalisieren

Erläuterung: In allen Partnerländern stehen NGO im Zentrum der Bemühungen unbegleitete Minderjährige auf dem Weg in das Erwachsenwerden zu begleiten. Politik muss die Expertise dieser Organisationen konzeptionell stärker nutzen und die Kapazitäten zur Umsetzung von Politik ausbauen. Da NGO weit flexibler hinsichtlich der Gestaltung neuer Serviceangebote, der Akquise und Ausbildung entsprechenden Personals sind, sind starke zivilgesellschaftliche Organisationen entscheidend, um auch in Krisensituationen schnell reagieren zu können.

Verbreiterung und Vertiefung der Kompetenzen der Akteure: Fokus auf Kooperations- und Koordinierungskompetenzen

Erläuterung: Die Akteure benötigen mehr übergreifende Kompetenzen sozialer Unterstützung in einem interkulturell geprägten Umfeld, insbesondere die Fähigkeit die Möglichkeiten eines fragmentierten und komplexen Systems situativ produktiv zu nutzen. Akteure brauchen zumindest ein anschlussfähiges Überblickswissen in allen relevanten Feldern (soziale Arbeit, rechtlicher Rahmen, Aus- und Weiterbildung, Arbeitsmarktintegration, interkulturelle Ansätze etc.). Zur Koordination entsprechender Aktivitäten wird ein professionelles Profil "Koordination sozialer und Integrationsarbeit für Geflüchtete" benötigt. Ergänzend zu überlappenden Kompetenzen wird ein Ausbau der Personennetze zwischen unterschiedlichen Institutionen und Organisationen und ihre inhaltliche Abstimmung, im Idealfall eine gemeinsame Strategie, notwendig. Wechselseitige Hospitationen können helfen, das gegenseitige Verständnis zu stärken. Gemeinsame Weiterbildungen (z.B. zum Thema psycho-soziale Probleme der Zielgruppe) können helfen, solche "Communities of Practice" zu formen.